



Rechtspopulismus als Herausforderung für die politische Bildung?

Politisches Lernen zwischen Emotionalität und Rationalität

Von Kristina Langeder.

Rechtspopulismus verdeutlicht, welche wichtige Rolle Emotionen in politischen Prozessen spielen und wie sehr sich Politisches aus ihnen formt. Daher muss auch die politische Bildung konstruktive Wege finden, Emotionen zu thematisieren und zu behandeln.

Ist eine Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus oder mit einem der von RechtspopulistInnen häufig vorgebrachten Themen Gegenstand politischer Diskussionen, gehen die Wogen häufig hoch: Positionierungen sind von Gefühlsäußerungen wie Wut, Ablehnung, Aggression oder auch Begeisterung begleitet, Stellungnahmen mit Vorurteilen und Ressentiments verknüpft und emotional aufgeladen. Oft wird in diesem Zusammenhang beklagt, dass eine sachliche Diskussion nur schwer oder kaum mehr möglich sei und vor der zunehmenden Emotionalisierung politischer Diskurse gewarnt.

Tatsächlich gehört das Ansprechen und Instrumentalisieren von Emotionen, verbunden etwa mit Strategien der Simplifizierung, Moralisierung, Dramatisierung oder Polarisierung, zum Kernrepertoire rechtspopulistischer Politik. So definieren die PsychologInnen Andreas Zick und Beate Küpper „Wut, Verachtung (und) Abwertung“ als zentralen „Dreiklang“ des Rechtspopulismus (1), während Matthias Quent ihn etwa als Schirmbegriff versteht, unter den sich „Wut und gefährlicher Hass zu einer nur noch schwer zu differenzierenden Gemengelage vermischt“ haben (2).

Diese Ausführungen zeigen vor allem zwei Dinge: Erstens hat die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus die Bedeutung von Emotionen in politischen Prozessen vermehrt in den Blick gerückt, sodass Emotionstheorien und Erkenntnisse aus der Emotionsforschung (zögerlich) Einzug in die Politikwissenschaft finden. Zweitens wird aber auch deutlich, dass Gefühle im politischen Rahmen vorwiegend negativ bewertet werden. Sie gelten als irrational und werden daher als pathologische Störungen der politischen Ordnung gesehen, die es zu vermeiden oder zu beheben gilt. Diesem Gedanken folgend behandelt auch die politische Bildung Emotionen

entweder kaum oder versucht, diese im Sinne des Rationalitätsideals zu überwinden. Dabei wird übersehen, dass sich Emotionen weder aus Bildungs-, noch aus politischen Prozessen gänzlich verbannen lassen.

Emotionen in politischen Prozessen

Die Philosophin Isolde Charim legt nahe, dass eine funktionierende Demokratie Gefühle integrieren muss: Aus der Tatsache, dass alle politischen Subjekte auch Gefühle haben, folgt, dass Gefühle auch politisch relevant sind. Trotzdem haben sie im Idealbild der rationalen Politik, das durch die Ideen der Aufklärung geprägt ist, keinen Platz und werden als störende Abweichungen abgetan. Emotionalität und Rationalität werden in diesem Zusammenhang als gegensätzliche Erfahrungs- und Wahrnehmungsmodi begriffen. Neuere Erkenntnisse legen allerdings nahe, dass diese Unterscheidung nicht aufrechtzuerhalten ist, da Emotionen auf fundamentale Weise an kognitiven Prozessen beteiligt sind: Sie lenken unsere Aufmerksamkeit und beeinflussen so, worauf wir achten und wie wir uns selbst, unsere Mitmenschen und unsere Umwelt wahrnehmen. Emotionen sind diesem Verständnis nach keine biologisch vorbestimmten Reaktionen, die zwangsläufig auf bestimmte Reize folgen, sondern werden vielmehr als Reaktionen auf kognitive Situationseinschätzungen begriffen. Wir haben etwa Angst vor einem Hund, weil wir diesen als Gefahr *einschätzen*. Emotionen sind daher wichtiger Bestandteil von Deutungsprozessen. Darüber hinaus wirken sie motivational, weil sie uns in Bezug auf ein reales oder vorgestelltes Ereignis zum Handeln anregen.

Da affektive und kognitive Prozesse also eng verschränkt sind, scheint es nicht möglich, Emotionen aus einem Bereich unseres Lebens

– auch nicht der Politik – zu verbannen. Vielmehr zeigt eine Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, dass Emotionen eine wesentliche Rolle darin spielen. Werden sie tabuisiert, verschwinden sie nicht einfach, sondern bewegen sich als „vagabundierendes Potential“ (3): Sie können sowohl in eine produktive als auch eine destruktive Richtung wirken. Emotionen bieten daher Anknüpfungspunkte für Versuche der Instrumentalisierung. So schüren politische Demagogen negative Gefühle und Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen und Institutionen, um ihre politischen Ziele voranzutreiben. Gerade kollektive Gefühle der Angst und Verunsicherung können dabei zu voreiligen, unüberlegten oder überzogenen Handlungen und Entscheidungen führen und zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft beitragen.

Zurecht wird also vor der Gefahr gerade negativer Emotionen gewarnt. Übersehen wird dabei die Tatsache, dass solche demagogischen Strategien nicht nur negative Gefühle gegenüber als „anders“ definierten Menschen schüren, sondern gleichzeitig auch positive Gefühle gegenüber der *Wir*-Gruppe erzeugen oder verstärken. So schaffen es RechtspopulistInnen unter anderem, eine starke Bindung der WählerInnen an die Partei aufzubauen. Im politischen Sinn gibt es daher keine „guten“ und „schlechten“, „demokratischen“ oder „antidemokratischen“ Emotionen. Wie sie wirken ist davon abhängig, wie mit ihnen umgegangen wird.

Emotionen in Bildungsprozessen

Diese Überlegungen zeigen, dass Emotionen eine zentrale Rolle in der Politik und somit im Gegenstandsbereich der politischen Bildung spielen und dass ein konstruktiver Umgang mit ihnen auch eine politisch relevante Kompetenz ist. Im Kon-

text der Bildungsforschung stehen Emotionen und Stimmungen allerdings vor allem in Bezug auf atmosphärische Rahmenbedingungen des Lernens im Fokus, kaum aber als Lerngegenstand. Dies liegt mitunter darin begründet, dass Emotionen lange Zeit als angeboren und somit als nicht formbar oder durch Bildung bearbeitbar galten. Was die politische Bildung betrifft, so ist diese gerade im deutschsprachigen Raum stark an einer sachlich-nüchternen Auseinandersetzung mit politischen Fragen orientiert und steht Emotionen skeptisch gegenüber. Einen wichtigen Grund dafür stellen die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus dar. Aus Sorge, die SchülerInnen durch das Behandeln von emotionalen Aspekten an der Bildung eines selbstbestimmten Urteils zu hindern, werden Emotionen in der Theorie und Praxis politischer Bildungsarbeit oftmals ausgeschlossen.

Diese Einwände sind berechtigt, denn es handelt sich beim Umgang mit Emotionen in der politischen Bildung um einen hochsensiblen Bereich, der Umsicht und Achtsamkeit erfordert. Keinesfalls sollen die Grundlagen des Beutelsbacher Konsens verletzt werden. Dennoch können Emotionen

aller Versuche zum Trotz nicht gänzlich aus der politischen Bildung exkludiert werden. Durch die enge Verknüpfung von affektiven und kognitiven Prozessen handelt es sich beispielsweise bei politischen Einstellungen und Urteilen nicht um reine Positionierungen zu Sachfragen. Vielmehr sind diese mit eigenen Wertvorstellungen und Selbstbildern verbunden und durch ihre Identitätsrelevanz auch emotional besetzt. Daher können in kontrovers geführten Debatten, bei denen solche Einstellungen und Urteile herausgefordert werden, emotionale Aspekte sichtbar werden. Auch wenn sie nicht bewusst oder gezielt angesprochen wurden, dürfen sie dennoch nicht unbeachtet oder unbearbeitet bleiben. Denn dann werden auch sie zum „vagabundieren Potential“, das potentiell destruktiv wirken kann. Vielmehr gilt es, die falsche Dichotomie zwischen Rationalität und Emotionalität zu überwinden und einen konstruktiven Umgang mit Gefühlen zu finden. Erst durch das Anerkennen ihrer Bedeutung können sie hinterfragt und auf ihre Plausibilität hin geprüft werden. Eine zentrale Kompetenz politischer Subjekte ist es daher, nicht nur seine Gefühle erkennen und artikulieren können, sondern auch in der Lage sein,

über ihre Ursachen und ihre Angemessenheit zu reflektieren, was zu einer Änderung der Emotion beitragen kann. Diese rationale Prüfung kann einen Aspekt demokratischer Willensbildung darstellen, bei der Emotionen weder als unnötig und infantil abgetan werden noch sie als diffuse Basis für politische Einstellungen, Urteile und Handlungen unhinterfragt bleiben. Die Rolle von Emotionen in politischen Lernprozessen weiter zu explizieren und die affektive Dimension politischer Kompetenzen herauszuarbeiten wird daher meines Erachtens eine wichtige Aufgabe für die Zukunft sein.

Kristina Langeder, Lehramtsstudium Englisch, Psychologie/Philosophie und Geschichte, ist Referentin für politische Bildung im Friedensbüro Salzburg.

Literatur:

- 1) Zick, Andreas & Küpper, Beate (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, 2015, S. 11.
- 2) Quent, Matthias: Rechtspopulismus und Radikalisierung. Wenn Wut zu Hass wird, in: Bürger im Staat 1/2017, S. 58.
- 3) Charim, Isolde: Die populistische Lektion, in: Kranich 3/2017, S. 7.

ASTRID RÖSSLER

LIEBES FEINDBILD.

MUTIG GEGEN DIE MÄCHTIGEN LOBBYS: ASTRID RÖSSLER.

#ASTRIDROESSLER SALZBURG.GRUENE.AT

BEZAHLTE ANZEIGE